

die übrigen zur Wirtschaftspolitik und Sozialisierung gestellten Anträge werden als erledigt erklärt.

Antrag 76, der eine Zusammenstellung der Beschlüsse der Fraktion betrifft, wird an die Fraktion überwiesen, Antrag 116 wird angenommen, Antrag 131 wird der Fraktion überwiesen.

Die Anträge 177, 178, 299 und 300, die die Frage der Doppelmandate betreffen, werden gemäß dem Vorschlage des Referenten unter Billigung der Tendenz der Anträge abgelehnt, da sie nicht restlos durchgeführt werden können.

Antrag 298 wird an die Fraktion und den Parteivorstand überwiesen.

Es folgt Punkt 4 der Tagesordnung:

#### Bericht vom internationalen Sozialistenkongress in Genf.

Berichterstatter Meerfeld: Die alte Internationale, die so mächtig schien, die scheinbar von der Klassenolidarität der Arbeiter aller Kulturländer getragen war, und die uns mit weltbürgerlichem Bewußtsein erfüllte, lag im August 1914 scheinbar ohnmächtig am Boden, fürchtbar getroffen von den Schlägen, die der Wahnsinn des Krieges ihr veretzt hatte. Die Kleingläubigen unter uns hielten sie damals für immer vernichtet und aus den bürgerlichen Kreisen wurde diese scheinbare Vernichtung mit Hohn und Spott begleitet. Wir standen damals vor der erschütternden Tatsache, daß die internationale Solidarität die ernste Probe nicht bestanden habe und wir empfanden schmerzvoll die Lücke, die zwischen Wollen und Vollbringen klaffte. Der tragische Niederbruch der Internationale im Jahre 1914 hatte in unseren Reihen Kleinmütigkeit und Verzagttheit zur Folge. Dennoch war die Idee der Internationale nicht tot, im Gegenteil, je länger der Krieg dauerte, desto stärker wuchs in den besten Köpfen allenthalben die Ueberzeugung, daß die Menschheit nur auf der Grundlage internationaler Solidarität gesund werden könnte, daß eine neue Geistigkeit, ein neues weltbürgerliches Bewußtsein die Menschheit durchbringen müsse, daß der Imperialismus, diese letzte Form kapitalistischer Expansion, zu weichen habe. Schon während des Krieges ist namentlich auf deutscher Seite für diese Idee mit größtem Eifer gearbeitet worden. Ich darf auf die Bereitwilligkeit unserer Partei hinweisen, an Konferenzen in Amsterdam und in Stockholm mitzuwirken. Nach Beendigung des Krieges ist sofort versucht worden, die zerissenen Fäden aufs neue zu knüpfen. Die Konferenzen von Bern im Februar 1919, von Luzern im August 1919 dienten diesem Zwecke. Die Luzerner Konferenz beschloß die Einberufung eines Kongresses nach Genf, der Ende Juli 1920 zusammentrat. Dort haben die von Ihnen entsandten deutschen Delegierten fünf Tage lang versucht, gemeinsam mit den Genossen der anderen Länder die internationalen Beziehungen erneut zu knüpfen. In Genf waren 16 Nationen vertreten. England, Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, Rußland, Dänemark, Schweden, Holland, Polen, die Schweiz, Litauen, Estland, Neu-Seeland, Kurbeitischen und Georgien. Es war schmerzhaft, daß Länder wie Oesterreich und die Tschechoslowakei nicht vertreten waren, was aber nur darauf zurückzuführen war, daß die Parteien dort eine Verschärfung der inneren Streitigkeiten fürchteten, wenn sie zunächst zu den internationalen Fragen Stellung nähmen. Andere Länder waren nur durch Teile vertreten, so beispielsweise Italien, Frankreich und die Schweiz nur durch kleine Teile. Angemeldet waren insgesamt 118 Delegierte, dazu eine Anzahl von Gästen, darunter Renaudel, der dem Kongress mit großer Teilnahme folgte.

Im Mittelpunkt der Genfer Verhandlungen standen drei große Fragen: die Kriegsschuldfrage, mit der zusammen die Völkerbündnisfrage verhandelt wurde, dann die Frage der Sozialisierung und schließlich die Frage der politischen Methoden des Sozialismus. Bei der Frage der Kriegsschuld drohte so-

gleich ein leidiger Konflikt namentlich zwischen Deutschland und einer Anzahl der übrigen Länder auszubrechen, der zunächst nicht beileggbar erschien. Der Präsident des Kongresses, der Engländer Shaw, der mit großem Geschick seines Amtes waltete und der überall bemüht war, Gegenfälle auszugleichen, wollte die Kriegsschuldfrage überhaupt nicht behandeln wissen. Aber andere Länder verlangten das, nicht zum mindesten deshalb, weil sie glaubten, eine Klärung dieser Frage den Arbeitermassen schuldig zu sein. Es wurde zunächst eine äußerst mühsame Arbeit in der zuständigen Kommission geleistet, der unter anderem die Denkschrift über die Kriegspolitik der deutschen Sozialdemokratie vorlag, die den Titel trug: „Zur Frage der Verantwortung am Weltkriege“, und in der dargelegt wurde, daß die kapitalistisch-imperialistischen Wurzeln die tiefsten Ursachen des Krieges seien und in der daran antnüpfend die Kriegspolitik unserer Partei begründet und gerechtfertigt wurde. Freimütig — das waren wir dem Kongress und der Geschichte schuldig — wurde in dieser Denkschrift bekannt, daß wir deutschen Sozialdemokraten, namentlich in der Auslandspolitik und gegenüber der Agitation der Alldeutschen, die tatsächlichen Gefahren etwas gar zu spät erkannt hätten. Ferner wurde ausgesprochen, daß zum Unglück Europas und der ganzen Welt die deutsche Revolution fünf Jahre zu spät gekommen sei. Freilich — so wurde gleich hinzugefügt — gewisse Revolutionen werden nicht gemacht, sie können nicht gemacht werden; wenn sie ausbrechen sollen, müssen sich erst die geschichtlichen, sozialen, wirtschaftlichen Voraussetzungen entwickeln. Wörtlich hieß es dann in dieser deutschen Denkschrift:

Lagen die tieferen Ursachen des Weltkrieges in den imperialistischen Strömungen aller Länder und in der unglücklichen Mächtekonstellation, so lag sein unmittelbarer Anlaß hauptsächlich, wenn auch nicht ausschließlich, bei der mit Kopfschütteln gepaarten Gewissenlosigkeit der jetzt gestürzten deutschen und österreichischen Mächthaber.

Aber die deutsche Sozialdemokratie ist auch noch heute den Ueberzeugung, daß die Grundlinien ihres Verhaltens durch die Ereignisse selbst vorgeschrieben waren, und sie kann sich auch heute noch keinen Vorwurf daraus machen, daß sie bestrebt war, den Sieg eines feindlichen Imperialismus über ihr eigenes Volk zu verhindern.

Nun versuchte ein Teil der Delegierten, namentlich der französische Teil, einzelne Sätze aus dieser Denkschrift herauszugreifen und in der Schulbeschlussung zu verwenden. Die ganzen Verhandlungen in der Kommission haben uns abermals gezeigt, daß noch eine starke Einseitigkeit vorhanden ist und daß es sehr schwer war, die Kriegspolitik der deutschen sozialdemokratischen Partei, die namentlich durch die Agitation der U. S. B. in eine ganz falsche Beleuchtung gerückt worden war, dem Verständnis der früheren feindlichen Länder und sogar einem Teil der neutralen Genossen näherzubringen. Der erste Entwurf einer Resolution wurde von uns als unannehmbar verworfen. Man setzte sich abermals zusammen, um den Entwurf in unserem Sinne zu verbessern. Auch die Verbesserung genügte uns durchaus noch nicht; wir hätten eine etwas gerechtere Fassung, eine stärkere Berücksichtigung unserer zwingenden Gründe für unsere Kriegspolitik gewünscht. Aber die Sache schien uns doch letzten Endes des Scheitens nicht wert, der dahin auszumünden drohte, daß der ganze Kongress ergebnislos auseinanderging. Die deutsche Delegation stand vor der Frage, ob nicht weit höher als eine Entschliebung, deren Internationaler wir verschiedene einschätzen kann, die Tatsache stand, daß sich die Internationale wieder zusammensand. Das letztere war für uns in Genf ausflaggebend. Der Wortlaut der Entschliebung hat niemand von uns restlos befriedigt, aber wir gaben um des höheren Zieles willen nach. Wir können auch den Inhalt

der Resolution verantworten; dafür ist der beste Beweis die Haltung der französischen Bourgeoispreffe, die wütend über diese Entschliegung hergefallen ist und den französischen Sozialisten die schwersten Vorwürfe wegen ihrer Zustimmung zu dieser Resolution gemacht hat. Der „Temps“ zum Beispiel erklärte die deutschen Sozialisten, die in Genf an dieser Entschliegung mitgearbeitet hätten, für gefährlicher als die russischen Bolschewisten. Es galt für uns, eine Kompromißformel zu finden. Eine endgültige Beantwortung der Schuldfrage ist in Genf nicht erfolgt und konnte nicht erfolgen; diese Frage kann nur von der Geschichte beantwortet werden. Wer sich bemüht, die gewaltigen Probleme unserer Zeit zu meistern, die Völker einander wieder zuzuführen will, darf nicht an dem starren Buchstaben seines vermeintlich noch so gut fundierten Rechtsstandpunktes festhalten, sondern muß auch die Kunst des Nachgebens verstehen und etwas Völkerverpsychologie treiben. Es ist festzustellen, daß die Annahme dieser Entschliegung alle Hindernisse, die der praktischen Arbeit dieses Kongresses im Wege standen, mit einem Schläge forträumte, daß von da ab ein überaus herzlicher Verkehr zwischen allen Delegierten vorhanden war, und daß die Engländer, die Deutschen und die Belgier fortan den festen Kern des Kongresses bildeten.

Eng verbunden mit der Entschliegung über die Schuldfrage war die Entschliegung über den Versailler Vertrag und den Völkerbund. Diese Entschliegung läßt aber noch manches zu wünschen übrig. Immerhin stellt sie fest, daß das Versailler Diktat die Welt in Unsicherheit gelassen habe, daß es neue Kriegsgefahren geschaffen habe, und daß der Völkerbund in seiner jetzigen Form ganz unzulässig sei, daß er aber ein wahrer Bund der Völker werden müsse, der auch die Verteilung der Rohstoffe, der Weltvorräte, der Transportmittel und der Kriegslasten vornehmen solle; nur dann könne auch die Befreiung des Proletariats erfolgen. Die Entschliegung enthält sehr scharfe Anklagen gegen den Imperialismus und den neuen Militarismus der Siegerstaaten, gegen die Brutalität des Diktats von Versailles. Sie fordert allgemeine Abrüstung, die sofortige Zulassung der besiegten Länder zum Völkerbund. Namentlich ein belgischer Delegierter begründete in äußerst warmherziger Weise die Entschliegung, deren hauptsächlichster Verfasser ein Franzose war. Eine Resolution der Hamburger Genossen, die zum 4. Punkt der Tagesordnung eingegangen ist, verlangt, daß die Sozialisten aller Länder gegen die Rechtsverletzungen und Vergewaltigungen des Friedensdiktats protestieren sollen. Das ist — so jagt die Resolution mit Recht — internationale Pflicht, und wir können hinzufügen: es ist Pflicht der Solidarität und des sozialistischen Gewissens. Die Sozialisten aller Länder dürfen nicht ruhen und rasten, bis der Frieden von Versailles einem wahren Völkerfrieden gewichen ist.

Die Sozialisierung war eine weitere der großen auf dem Kongreß in Genf zu behandelnden Fragen. Auch hierfür war in der Kommission bereits wertvolle Vorarbeit geleistet worden. Ein holländischer Genosse erstattete darüber einen instruktiven Bericht, und die Resolution, die er vorzuschlug, wurde einstimmig angenommen. Sie bezeichnete die Sozialisierung als Ziel, bemerkte aber, daß überall in jedem Lande, je nach dem Stande der ökonomischen Entwicklung, vorgegangen werden müsse. Zu dieser Frage sprachen deutscherseits die Genossen Wolfenbuhr und Bud, die besonders betonten, daß bei uns die Sozialisierung dringlich sei, weil sie eine Vorbedingung des Wiederaufbaues unserer Volkswirtschaft und des Wiedergebens Deutschlands überhaupt sei. Die Entschliegung entscheidet drei Wortformen der Sozialisierung: nationale, kommunale und genossenschaftliche. Je nach der Eigenart der zu sozialisierenden Objekte muß immer eine dieser drei Formen berücksichtigt werden. Landbesitz, Großgrundbesitz, Bergwerke, Erzhäute müssen national sozialisiert wer-

den; eine ganze Menge anderer Dinge kommunal und wieder andere genossenschaftlich. Es war interessant, in Genf zu beobachten, daß heute schon eine ganze Menge von Fragen für uns Deutsche praktische Bedeutung gewonnen haben, die in anderen Ländern noch im Stadium theoretischer Erwägungen stehen. Während früher die deutsche sozialdemokratische Partei zwar wegen ihrer Stärke geachtet, aber wegen ihres tatsächlich geringen Einflusses auf die Wirtschaft und die Politik ihres Landes bemitleidet wurde — ich erinnere nur an die Kontroverse zwischen Bebel und Zaurés auf dem Amsterdamer Kongreß —, ist das heute total anders geworden. Politisch sind wir eins der fortgeschrittensten Länder der Welt, vielleicht das fortgeschrittenste Land der Welt überhaupt. Wir haben das Wahlrecht vom 20. Lebensjahre an, wir haben das Frauenwahlrecht und eine ganze Menge anderer Dinge in der Verfassung verankert, die die anderen Länder noch lange nicht erreicht haben. Wirtschaftlich ist es kaum anders, trotz unserer Armut; denn nirgends in der Welt werden die Fragen der Sozialisierung so unmittelbar praktisch behandelt, nirgends steht sich mit solcher Wucht der Wille der Massen unter die großen Probleme der Bergesellschaftung der Produktion wie in Deutschland. Heute können wir darum mit Stolz in dieser Beziehung sagen: Deutschland in der Welt voran!

Eine weitere Hauptfrage in Genf war die Frage: Demokratie oder Diktatur, die im Rahmen der Frage des politischen Systems des Sozialismus behandelt wurde. In dieser Frage ist eine formelle Entscheidung nicht gefallen. Die Kommission mußte feststellen, daß die Zeit zu kurz sei, um einen ausführlichen Bericht zu erstatten. Sie legte den Entwurf einer Resolution vor, mit der Maßgabe, daß er diskutiert werden solle und daß das neu zu wählende Exekutivkomitee die genaue Ausarbeitung der Resolution zu bewerkstelligen habe. Aber zu der Grundfrage, der Frage: Demokratie oder Diktatur, nahm der Kongreß nichts desto weniger ganz klar Stellung. Das war die Streitfrage. Unser Genosse Bernstein jagte ganz mit Recht in seinem Schlußwort: In Moskau herrscht die Sekte, herrscht Mißfall in die Kinderkrankheiten der sozialistischen Bewegung. Bei uns herrscht Volksbewegung und strömendes Leben. Die Entscheidung des Kongresses in dieser Frage konnte nicht zweifelhaft sein. Er faßte seine Ansicht dahin zusammen: Für die Demokratie und gegen die Diktatur, für die großen Prinzipien der Völkercultur und der politischen Freiheit.

Es war einiger Widerspruch da; ein Engländer und ein Estländer suchten für Lenin eine Lanze zu brechen; aber sie hatten nur geringen Erfolg. Es ist verständlich, daß sie mit der politischen Demokratie für ihre Länder nicht zufrieden sind. Das sind wir auch nicht. Auch wir wissen, daß die politische Demokratie durch die soziale, die wirtschaftliche Demokratie ergänzt werden muß; aber von den Grundfragen — das wurde in Genf mit großer Klarheit herausgearbeitet — kann nie und nimmer abgewichen werden. Der Präsident des Kongresses, Shaw, ist in Rußland gewesen, hat mit eigenen Augen die Dinge studiert, wie jüngst auch unsere deutschen Unabhängigen. Shaw erstattete Bericht über seine dortigen Beobachtungen. Er jagte, daß hinter der mitunter glänzenden Fassade nur das graue Elend lauer, daß Terror, Hinrichtungen, Hungerstnot und die völlige Zerrüttung der Wirtschaft die typischen Erscheinungen des bolschewistischen Rußlands seien, daß der Bolschewismus sich nur dadurch am Leben erhalten könne, daß er seine eigenen Grundzüge preisgebe, indem er beispielsweise die Bauern sämtlich zu Privateigentümern gemacht habe, statt das Land einer kommunistischen Bewirtschaftung zuzuführen. Das Buch von Otto Bauer, das jüngst erschienen ist, das jeder lesen muß, der den Bolschewismus studieren will, jagt ja daselbe unter ausführlicher Begründung. Daß der Weg, den die Zweite Internationale geht und den wir

deutschen Sozialdemokraten gehen, der richtige Weg ist, von dem nicht abgewichen werden darf, zeigt das Schicksal der U. S. P.; es zeigt, daß es auf der schiefen Bahn kein Galtens mehr gibt. (Sehr richtig!) Das Schicksal der U. S. P. sollte für die Sozialisten aller Länder eine Warnung sein, namentlich für diejenigen, die noch hin- und herschwanken und nicht wissen, wem sie sich anschließen sollen. Das Kennzeichen der Moskauer Internationale sind Terror und Militarismus. Die Sozialisten anderer Länder, die noch unentschieden hin- und herschwanken, sollten sich auch darüber klar sein, daß für eine vierte Internationale neben Moskau kein Platz ist, daß sie dann im luftleeren Raum hin- und herschweben, wenn sie nicht den Mut haben, sich zur Zweiten Internationale zurückzufinden.

Der Geist der Solidarität, der Menschlichkeit feierte in Genf geradezu bei den Neben des englischen Genossen Mac Donald, der Frau Snowden, des belgischen Genossen de Brouckere und unserer Genossin Juchacz Triumphierte. Sie schilderten übereinstimmend das Elend Europas und die Notwendigkeit einer internationalen zu organisierenden Hilfe für die hungerrnde Bevölkerung Europas. Bei diesen Debatten flutete durch den sonst so nüchternen Kongreßraum ein Strom der warmen Menschlichkeit. Hier empfand man, daß der Mensch zum Menschen sprach, daß nicht der Geist von Spa, nicht der Geist von Hoch, nicht der Geist von Ludendorff regierte, sondern daß hier wahre Menschlichkeit herrschte. Diese Szene bildete geradezu die Krönung des Kongresses.

Ich finde eben unter den Anträgen — ich möchte das hier einschalten — die Resolution Juchacz, die das Gewissen der Welt dagegen aufruft, daß wir wiederum 810 000 Milchfüße an die Entente abliefern sollen. Gegen diese Forderung muß sich das Gewissen der Welt aufbäumen, und von hier aus wollen wir schon den Sozialisten aller Länder zurufen, daß sie die Pflicht haben, ihre ganze Kraft dafür einzusetzen, um dieses furchtbare Attentat auf die Gesundheit unserer Kinder gänzlich zu machen.

Von den Arbeiten des Kongresses ist sonst noch zu erwähnen der Beschluß, das Internationale Bureau von Brüssel nach London zu verlegen, allerdings unter der Voraussetzung, daß die englische Partei nachträglich ihre Zustimmung dazu gibt.

Bei der Bildung des Exekutivkomitees wurde Henderson an Stelle von Vandervelde zum Präsidenten gewählt. Shaw wurde zum Kassierer und Gussmans abermals zum Sekretär gewählt. Unser Genosse Wels gehört ebenfalls dem Exekutivkomitee an.

Insgesamt können wir sagen, daß langsam der Geist der Internationale zurückkehrt. Was wir in Genf zustande gebracht haben, sind erste Anfänge, aber es sind ganz verheißungsvolle Anfänge.

Wir können heute sagen, daß durch die furchtbaren Lehren des Krieges die Zeit des Ueberflusses, der Kraftüberschätzung und der Phrase, die auf früheren Kongressen manchmal gar zu sehr in den Vordergrund traten, endgültig vorüber ist, daß der Krieg uns ernüchert hat, daß er den Sinn für die Tatsachen geschärft hat, und gerade weil diese Gesundungsstufe eingetreten ist, bietet ja die neue Internationale die Gewähr eines neuen kraftkräftigen Wirkens für die Arbeiterklasse aller Länder. Auch das ist ja eine Folge der geistigen Revolutionierung durch den Krieg, daß heute die Arbeiter mehr als je den Geist der Solidarität erfährt und daß die Arbeiter diese ihre Macht heute ganz anders als früher erkannt haben, und gegebenenfalls wissen werden, von dieser Gewalt Gebrauch zu machen. Und gerade weil wir auch das in Rechnung stellen können, können wir sagen: Genf ist ein verheißungsvoller Anfang neuen internationalen Lebens. Und von den Sozialisten der anderen Länder — das möchte ich wiederholen — hoffen wir und erwarten wir, daß sie von dem

gleichen Gefühl der Brüderlichkeit befeelt werden, daß sie das gleiche starke Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit gegen die Welt- und Menschheitsprobleme haben, das uns in Genf beherrscht hat und die ganze deutsche sozialdemokratische Partei beherrscht. Genf und Spa! Diese Gegenüberstellung ist wohl notwendig. Spa lag in gleicher Linie mit Verjaillies, derselbe unverjüngliche Geist, dieser Geist einer untergegangenen Welt, der in Verjaillies herrschte, dem Friedensdiktat den Stempel aufdrückte, herrschte ja auch in Spa, wo man besangen war in den allen kapitalistischen Anschauungen, die alten Staatskünste einer abgelebten Diplomatie nicht entbehren konnte, mit militärischen Zwangsmitteln drohen zu können glaubte und die Völker wie Sachen behandeln zu können. Demgegenüber wissen wir — und das haben wir in diesem Jahre nach dem Kriege nachdrücklich gesehen und wiederum inbrünstig gelernt —, nur durch den Geist der Internationale kann die Welt wieder gesundet, nur durch die Züchtung eines neuen Menschentums, einer neuen Geistigkeit im Sinne wahrhafter Völkerverständnis ist die Rettung der Welt möglich. Darum ist der Kongreß von Genf ein zwar bescheidener aber verheißungsvoller Anfang und eine Quelle der Hoffnung auf eine bessere Zukunft, und von dem Zusammenbruch der Internationale kann man mit dem Dichter sprechen: Bald rückt ich mich zasselnber in die Höh, bald lehr ich reißiger wieder. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Müller stellt die Unterstützungsfrage für die vorliegenden Anträge.

Mit zur Debatte stehen die Anträge 198 und 201, die sich im allgemeinen mit dem Ergebnis der Genfer Konferenz befassen, 199, 200 und 204, die sich mit der besseren Ausgestaltung des internationalen Nachrichtenwesens der Partei befassen, 202, 203, der eine Denkschrift über Verjaillies verlangt, und ferner 376, der vom Referenten gestellt ist, und 381, der sich mit der neuen Forderung an Milchfüßen beschäftigt. Die Anträge 376 und 381 sind während der Tagung eingereicht und bereits genügend unterstützt. Auch für die übrigen Anträge reicht die Unterstützung aus.

Im Antrag 376 sind einige Druckfehler zu berichtigen. Es muß heißen in Zeile 3: statt „diesem Rahmen“, „ihrem Rahmen“. Im vorletzten Absatz in der dritten Zeile von unten an Stelle von „an die beteiligten Völker“ ist zu setzen „an die bestiegten Völker“.

Darauf wird die Diskussion eröffnet.

Eisenbarth-Gamburg: Nachdem die erste Internationale 1914 zusammengebrochen war, haben wir seit Monaten die Fäden wieder aufgenommen. Es ist interessant, wie weit die Wiederaufnahme dieser Beziehungen auch in den Geist unserer Parteigenossen im Auslande eingedrungen ist. So waltet z. B. nicht überall bei der Behandlung unserer Seeleute im Auslande das Prinzip der Menschlichkeit und Brüderlichkeit ob, wenn sie, sei es nun auf deutschen oder fremden Schiffen, ausländische Häfen anlaufen. In Bremen hat man sich vor einigen Tagen mit der Behandlung der deutschen Seeleute im Auslande eingehend beschäftigt und festgestellt, daß von allen Ländern, die mit uns im Kriege lagen, in England unsere Seeleute am unwürdigsten behandelt werden. (Hört! Hört!) Diese Feststellung müssen wir machen, weil die englische Delegation nach den Ausführungen Meerfelds in Genf gerade diejenige gemessen ist, die den Geist der internationalen Solidarität theoretisch am besten bekennt hat. Einmal ist die Internationale bereits zusammengebrochen und wenn wir jetzt endlich die Beziehungen mit vieler Mühe wieder angeknüpft haben, so verlangen wir, daß diejenigen unserer Brüder, die uns in Ausübung ihres schweren Berufes wieder mit der Weltwirtschaft verbinden müssen, bei ihrer Ausübung so behandelt werden, wie es die Menschlichkeit verlangt. Vor vier Monaten

hat in Genua die Internationale Seemannskonferenz stattgefunden. Trotzdem war es vor einigen Wochen noch nicht möglich, daß deutsche Seeleute in England an Land gehen durften, nur die Kapitäne durften zu dienstlichen Obliegenheiten an Land gehen. Man hat unseren Seeleuten sogar verweigert, ihre Notdurft auf dem eigenen Schiff zu verrichten und sie gezwungen, an Land zu gehen und bei diesen Landgängen waren sie schweren Mißhandlungen ausgesetzt. (Hört! Hört!) Angeblich sollen sanitäre Gründe für diesen Zwang maßgebend sein. Wir haben einen anderen Begriff von Menschlichkeit und Solidarität. (Bravo!) Es ist ferner vorgekommen, daß einem deutschen Fischdampfer, der infolge schweren Seeganges in Seenot geriet, und der keinen Kohlenvorrat mehr hatte, so daß er einen englischen Hafen anzulaufen gezwungen war, die Hilfe verweigert wurde, und es bedurfte erst vieler Verhandlungen, ehe man ihm Kohlen gab. (Lebhaftes Hört! Hört!) Wenn wahre internationale Solidarität wieder Platz greifen soll, ist es notwendig, daß wir uns keine Tarnspalte über die Augen ziehen, sondern derartige Feststellungen an dieser Stelle machen. Deutsche Seeleute, die verurteilt, in England Uhrenschmuggel zu treiben, wurden von einem englischen Richter zu mehrmonatiger Gefängnisstrafe verurteilt, und in der Begründung des Richters — dafür machen wir die englischen Arbeiter nicht verantwortlich, aber wir verlangen, daß unsere englischen Klassen-genossen gegen eine solche Urteilsbegründung protestieren — hieß es, daß man mit derartig moralisch minderwertigen Menschen jeden Verkehr abbrechen müsse. (Hört! Hört!) Wir wissen, daß in England die Stimmung gegen uns den Siedepunkt erreicht hatte, als der unbefristete U-Boot-Krieg einsetzte. Wir wissen heute, daß dieser U-Boot-Krieg Amerika zu unserem Feind machte und uns den Krieg verlierten ließ, daß die Auslieferung unserer Schiffe durch den deutschnationalen Helfershelfer ist — nicht etwa durch Erzberger — durch den Bessierich, der in der entscheidenden Stunde unsiefel und sich auf die Seite der Obersten Heeresleitung stellte. Er hat dazu beigetragen, daß unsere Schiffe ausgeliefert und unsere Weltwirtschaft zerstört wurde. Wenn man in England so mit den deutschen Seeleuten verfährt, dann gibt man unseren deutschnationalen wieder eine Waffe in die Hand zur Entfaltung der nationalen kriegerischen Leidenschaften und gefährdet ernstlich die Zweite Internationale. (Sehr richtig!) An dieser Entfaltung wünschen nur unsere Reaktionsäre wieder ihre Suppe zu lochen. Das lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab. Wir Deutschen haben vor dem Kriege und zu jeder Zeit gezeigt, daß wir internationale Solidarität zu üben wissen. Denken Sie nur an die Durchführung des Wohlfahrts gegen den weißen Terror in Ungarn. Wir und Oesterreich haben ihn durchgeführt, und in anderen Ländern hat man es verabsäumt, uns dabei zu helfen. Dies alles glaube ich in diesem Zusammenhang einmal aussprechen zu müssen, wenn wir zu einer Gesundung kommen wollen. Wenn aber wahre Solidarität und Menschlichkeit wieder einkehren soll, wie sie nach den Ausführungen des Genossen Meerfeld in den Worten der englischen Delegation wahrzunehmen war, dann verlangen wir unter allen Umständen eine andere Behandlung unserer Seeleute. (Sehr richtig!) Wir verlangen sie um so mehr, weil wir jetzt in dieser Zeit ganz außerordentlich darauf angewiesen sind, moralisch unterstützt zu werden im Auslande. Mögen es sich alle Nationen, die mit uns im Kriege gemein sind, gesagt sein lassen, daß, wenn wieder richtig Frieden werden soll im Herzen aller Menschen, andere, mildere Sitten Platz greifen müssen. Die Behandlung unserer Seeleute in den französischen Häfen ist im Verhältnis nicht derartig wie in den englischen, wenn man bedenkt, daß Frankreich dasjenige Land ist, das sonst am aller schlimmsten gegen uns vorgeht. Ich möchte auch deshalb gegen unsere Behandlung in England protestieren, weil in deutschen Seemannskreisen das löbliche Verlangen besteht, mit Repressalien

gegen die englischen Seeleute vorzugehen. Das ist löblich und unzumutbar, und dieses Gefühl darf nicht in unserer Seemannschaft Platz greifen. Die Wiederaufrichtung der internationalen Solidarität soll nicht bestehen in leeren theoretischen Erörterungen und Phrasen, sondern in praktischen Handlungen. (Beifall.)

**Kummers:** Zweifellos ist die Frage der Internationale die wichtigste, die uns heute zu beschäftigen hat. Denn der Wiederaufbau auf wirtschaftlichem Gebiet kann uns nur gelingen, wenn wir den Friedensvertrag ändern, und dabei können wir uns nur auf die Solidarität der Arbeiter der anderen Länder stützen. Nun ist ja die neue Internationale gegründet worden. Ich kann aber den Optimismus des Genossen Braun in seinem Bericht nicht teilen. Schon vor dem Kriege haben wir die Internationale zu optimistisch beurteilt. Ich möchte die schrecklichen Erfahrungen von 1914 nicht wiederholt sehen. Die schönen Beschlüsse und Resolutionen haben uns 1914 gezeigt, daß sie auf keiner gefundenen Basis beruhten. Die Spuren von 1914 ichrefen. Jeder hat damals den Wunsch ausgesprochen, daß diese Erfahrungen sich nicht wiederholen dürfen. Heute haben wir eine solche Gelegenheit, und die möchte ich benutzen. Der Wunsch nach einer tatkräftigen Internationale besteht ja wohl in anderen Ländern auch, aber es nutzt nichts, daß er nur bei einem kleinen Kreis von Führern besteht. Wir müssen die Arbeitermassen eriaffen. Wir müssen im Auslande wieder werben bei den Massen. Meerfeld spricht ja davon auch in seiner Resolution: „Sie erwartet die Unterstützung der Arbeiter der ganzen Welt.“ Wir hören leider im Auslande nicht das Echo, das wir erwartet haben. Wir müssen die Solidarität hineinbringen in die Köpfe der Arbeiter selbst. Vor kurzem haben wir in Kopenhagen auch über die Internationale gesprochen. Da hat man uns aus den Kreisen der Arbeiter gesagt, daß ihr Vertrauen zur Zweiten Internationale sehr gering sei. Vor allem wird uns in Deutschland zum Vorwurf gemacht, daß wir nicht energisch genug gegen unsere Kriegsverbrecher vorgehen. Die deutsche Arbeiterklasse muß für die Verbrechen unserer Uniformierten im Auslande büßen. Aber auch im Ausland wird manches Unrecht begangen. In Belgien liest man vieles, was nicht geeignet ist, der Verböhnung zu dienen. Im „Peuple“ lese ich jetzt wieder einen Artikel, „Le martire des petites boches“, „Das Martyrium der kleinen Boches“! Wir müssen unseren Parteigenossen draußen sagen, daß sie erst einmal für die Beseitigung dieser chauvinistischen Ausdrücke sorgen müssen.

Im Internationalen Arbeitsamt befindet sich nur ein einziger Deutscher. Deutschland hatte von jeher eine starke Genossenschaftsbewegung und wird in der Weltwirtschaft eine große Rolle spielen. Wir verlangen deshalb, daß Deutschland im Internationalen Arbeitsamt seiner Stärke entsprechend vertreten wird. Es sind Duzende von Engländern und Franzosen darin, zum Teil höhere Offiziere. Ein Amt, das der Arbeit gewidmet ist, müßte in der Hauptsache von Arbeitern besetzt sein.

Im vorigen Jahre habe ich auf dem Parteitag den Antrag gestellt, so bald wie möglich Auslandskorrespondenzen zu schaffen, damit die deutsche Presse besser über das Ausland unterrichtet wird. Der Parteivorstand erklärt, er habe den Antrag nicht ausführen können, weil es an Geldmitteln fehle. Soviel es aber auch kosten mag, die Summe wird klein sein im Verhältnis zu dem ungeheuren Schaden, den eine feindliche Stimmung im Auslande verursacht. Eine bessere Berichterstattung im Auslande würde in dieser Hinsicht Zinsen tragen.

Wir sind über die Verhältnisse im Auslande völlig im Unklaren. Ich war verblüfft, in Kopenhagen zu hören, daß in Frankreich die Masse der Arbeiter

von einer reinen Geldgier erfasst ist, nichts mehr vom Sozialismus und von Menschheitsidealen wissen will. Zum Beweise wurde angeführt, daß der französische Metallarbeiterverband von 280 000 Mitgliedern 170 000 verloren hat. Denselben Rückgang haben auch andere Gewerkschaften. Schlimmer als diese Zahlen ist die Einbuße an moralischer Autorität. Der Vorstand müßte deshalb darauf sehen, daß wir ohne Rücksicht auf die Kosten bessere Berichte bekommen. Eventuell müßte er an die Mithilfe der Genossen im Auslande appellieren. Sicherlich wäre eine Anzahl Genossen gern bereit, vorläufig die Berichterstattung zu übernehmen.

Schließlich möchte ich der Fraktion ans Herz legen, dafür zu sorgen, daß jedem Gesandten im Auslande ein Sozialattache beigegeben wird, der das Denken und Fühlen der Arbeiterklasse erforscht. Außerdem müssen wir auch unsererseits bessere Berichte ins Ausland bringen. Was seit der Revolution im Ausland geschrieben wird, stammt meist von Kommunisten und Unabhängigen. Ganz selten findet man einmal einen sachlichen Bericht im Auslande über die Zustände bei uns. Sie können sich vorstellen, in welchem Ruße die deutsche Mehrheitssozialdemokratie und das neue Deutschland überhaupt im Auslande steht. Jedes einzelnen Genossen Pflicht ist es, die Verbindungen zu benutzen, um sachliche Berichte ins Ausland zu bringen. In der Werbearbeit für die Demokratie und das neue Deutschland können wir uns ein Beispiel an der Propaganda nehmen, die Sowjetrußland in der ganzen Welt betreibt.

Ich bitte also, das möglichste zu tun, daß wir uns eine bessere Stellung im Auslande schaffen, daß im Auslande das Mißtrauen beseitigt wird, damit wir uns besser kennen und lieben lernen. (Beifall.)

**Loeb:** Wenn man im feindlichen oder neutralen Ausland Verhandlungen zu führen hat, hat man immer den Eindruck, daß dort die Arbeiterkreise die Träger des Chauvinismus werden. Der französische Kapitalist einigt sich viel schneller mit dem deutschen Kapitalisten, als der französische Sozialist mit dem deutschen Sozialisten. Für den Genossen Cohen ist es vielleicht nicht uninteressant, daß nach dem Abkommen von Spa in der französischen Kammer die schärfsten Anklagen gegen die Herabsetzung der deutschen Kohlenlieferungen von Sozialisten vorgebracht wurden.

Wenn die Internationale einen praktischen Vorschlag braucht, so soll sie die vier Punkte des Genossen Wels annehmen. Darin ist alles enthalten, was für den internationalen Aufbau gebraucht wird. Wie wir für unsere nationale sozialistische Entwicklung eine praktische Unterlage brauchen, und wie wir die Wirkkraft erst praktisch beobachten müssen, so müssen wir auch für den internationalen Sozialismus eine praktische Grundlage schaffen.

Weiter haben wir auf dem Genfer Kongreß die Amerikaner nicht vertreten gesehen. Eines der Hauptziele der Internationale muß darauf gerichtet sein, die amerikanischen Sozialisten, die in ihrer Zahl immer mehr wachsen, in die Internationale hereinzubekommen, um ihnen durch den Druck von außen eine gewaltige Stözkraft im eigenen Lande zu sichern.

Ein Hauptziel ist ferner damit erreicht, daß wir die englischen Gewerkschaften und Sozialisten durch die Verlegung des Sekretariats nach London zu schärferer Mitarbeit heranziehen konnten. Von der Arbeiterschaft Frankreichs, die selbst im Kriege sehr klein geworden ist, ist auf der Internationale nichts zu erwarten. Deswegen ist auch hier wie in der Politik überhaupt für uns die Richtung nach der englischen Linie hin gegeben.

Der erste Redner schilderte die Erfahrungen der Seeleute. Wir dürfen nicht vergessen, daß vor sieben Monaten im Hafen von Boulogne und Breßl von französischen Seeleuten die Beladung von Schiffen mit Lebensmitteln für

deutsche Kinder und Frauen verweigert wurde, daß dort der Chauvinismus die Internationale besiegt hat. Auch diese Völker müssen einsehen, daß sie praktisch mitarbeiten müssen.

Wenn Klage geführt wird, daß im Internationalen Arbeitsamt kein Deutscher sitzt, so liegt das daran, daß dieses Amt eine Abteilung des Völkerbundes ist, in den Deutschland noch nicht aufgenommen ist. Der Völkerbund ist ein absolut kapitalistisches Unternehmen, von dem wir nichts zu erwarten haben. Deshalb müssen wir, um den Sozialismus international zu erreichen, einen eigenen Völkerbund schaffen, den Völkerbund des Sozialismus. (Beifall.)

**Beiger:** Mit der Kritik des Genossen Cunow in der „Neuen Zeit“ über den Genfer Kongreß bin ich einverstanden, soweit es sich um die Teilnahme der französischen Delegation handelt. Ich bedaure, daß unsere Genossen es nicht abgelehnt haben, mit diesen „Auch-Sozialisten“ zu verhandeln. Ich bin aber nicht einverstanden mit der Kritik Cunows, daß die deutschen Delegierten mit Annahme der Schuldresolution zu weit gegangen seien. Zum Beweise dafür verweise ich auf die Denkschrift des Parteivorstandes. Diese hat leider den ausländischen Sozialisten die Grundlage dafür gegeben, zu versuchen, noch schärfere Sätze in die Schuldresolution hineinzubringen. Der deutsche Parteivorstand schreibt in der Denkschrift:

Daneben wurde nicht genügend beachtet, daß die Führung der auswärtigen Politik ohne Kontrolle des Reichstages, und damit auch der Sozialdemokratie, eine Gefahr bleiben mußte; und diese Gefahr nicht rechtzeitig und energisch genug bekämpft zu haben, ist die Schuld, zu der wir uns vor aller Welt freimütig bekennen. . . . Ihr (der Revolution) nicht schon früher den Weg gebahnt zu haben, ist die Schuld, deren wir deutschen Sozialdemokraten, um es noch einmal zu sagen, uns anklagen müssen.

Diese Sätze haben leider die Handhabe gegeben, auf unsere Delegierten einen Druck auszuüben, und es ist anzuerkennen, daß unsere Delegierten sehr geschickt waren, wenn es ihnen gelang, die neue Resolution so abzufassen, wie sie jetzt vorliegt.

Nicht zufrieden bin ich mit dem Verlauf der Konferenz insofern, als die im Anschluß an die Konferenz in Aussicht genommene Besprechung über die Presse nicht stattfinden konnte. Cunow hat sehr richtig darauf hingewiesen, welche ungeheure Bedeutung gerade die Bedienung der ausländischen Presse auch für uns hat.

Man kann der Auffassung sein, daß die Worte der Resolution über den Versailler Vertrag und den Völkerbund zum Teil nicht scharf genug gewählt sind. Aber es kann sich heute nicht darum handeln, tönende Phrasen in dieser Richtung zu dreschen, sondern unsere Aufgabe ist es, den Tatsachen nüchtern ins Auge zu sehen. Wir deutschen Sozialdemokraten können mit der Resolution einverstanden sein. Wenn man glaubt, die deutschen Delegierten hätten in Genf keinen Einfluß gehabt, so sage ich im Gegenteil, daß sowohl bei der Frage des Versailler Vertrages wie des Völkerbundes und bei der Resolution über die Sozialisierung der deutsche Einfluß sehr wahrnehmbar ist. Dasselbe kann man bei der Stellungnahme der Genfer Konferenz zum politischen System der Zweiten Internationale behaupten.

Den Antrag 198, der die Stellungnahme der deutschen Delegierten in der Schuldfrage verurteilt, halte ich für unannehmbar. Die Anträge 199 und 200 bitte ich jedoch ohne weiteres anzunehmen. Wir müssen unter allen Umständen dafür sorgen, daß das gegenseitige Verständnis besser wird. Ein besseres Verständnis muß nicht nur durch Pressekorrespondenzen erzielt werden, sondern auch durch persönliche Einwirkungen. In welcher Form das bei unseren Geld-

mittlem am besten zu erreichen ist, müssen wir dem Parteivorstand überlassen. Ich muß zu meinem Bedauern gestehen, daß ich bisher nicht gesehen habe, daß der Parteivorstand im letzten Jahre das in dieser Beziehung mögliche getan hat. Ich hoffe, daß wir zum nächsten Parteitag einen erfreulicheren Bericht darüber hören werden.

Der Vorredner hat gesagt, wir müßten uns eventuell einen eigenen neuen Völkerbund aufbauen. Diesen Weg können wir nicht beschreiten. Der gegenwärtige Völkerbund ist kein Ideal, aber wir haben die Pflicht, ihn mit allen Mitteln zu verbessern. Es muß uns gelingen, mit der altgewohnten deutschen Fähigkeit das durchzusetzen, was wir für unbedingt notwendig halten. Nur auf dem Wege über die Internationale ist unser Los zu verbessern. Es ist deshalb überflüssig, hier die Frage aufzuwerfen, ob unsere Betätigung in der Internationale überhaupt Zweck hat. Wir müssen diesen Weg einschlagen, ob wir wollen oder nicht. Der Versailles Vertrag kann in unserem Sinne nur geändert werden, wenn wir es verstehen, die Sympathie der ausländischen Sozialisten zu erringen und das muß mit allen Mitteln erstrbt werden. Aus diesen Gründen bitte ich Sie, die Anträge, die darauf hinauslaufen, die internationalen Beziehungen wieder zu kräftigen, anzunehmen. (Bravo!)

Der Vorsitzende Müller teilt mit, daß ein genügend unterstützter Schlufantrag eingebracht ist.

Mühle führt zur Begründung aus, daß der Parteitag sich über die Stellung zur Internationale einig sei, im Gegensatz zu Halle, wo der Streit über die Frage der Internationale tobte.

Leuterich widerspricht dem Schlufantrage. Man sei verpflichtet, sich über den Versailles Friedensvertrag noch in ganz anderen Worten auszusprechen, als in der Resolution Meerfeld geschehe.

Der Vorsitzende Müller macht demgegenüber darauf aufmerksam, daß der Parteitag sich schon bei den Verhandlungen über den Vorstandsbericht über den Friedensvertrag ausgesprochen habe und daß auch der schriftliche Bericht des Parteivorstandes zu diesem Thema Stellung genommen habe.

Der Schlufantrag wird hierauf angenommen.

Meerfeld (Schlußwort): Ich bitte, den Antrag Osthavelland-Neuruppin, der eine Mißbilligung der Schulldresolution verlangt, abzulehnen. Im übrigen bitte ich, alle Anträge durch Annahme der von mir unterzeichneten Entschließung für erledigt zu erklären.

Die im Antrage Hamburg verlangte Einrichtung eines internationalen Nachrichtendienstes ist durchaus begriffenswert. Wir müssen mit allen Mitteln dahin streben, eine solche Einrichtung zu schaffen. Schritte in dieser Richtung sind längst eingeleitet. Es ist bereits ein Abkommen mit der amerikanischen und englischen Arbeiterpresse in Arbeit, um Nachrichten zwischen dieser und der deutschen sozialdemokratischen Presse auszutauschen. Daran muß sich der Versuch einer großen Organisation des Nachrichtendienstes anschließen. Wenn wir uns vor Augen halten, wie ungemein vergiftend der bürgerliche Nachrichtendienst vor dem Kriege, während desselben und in der Nachkriegszeit gewirkt hat, dann müssen wir unsere Pflicht erkennen, alles zu tun, hier Abhilfe zu schaffen, und einen eigenen internationalen sozialistischen Nachrichtendienst zu organisieren.

Leider war es in Genf nicht möglich, die Pressefrage im Plenum zu behandeln. Die Verhandlungen wurden dadurch außerordentlich erschwert, daß jede Rede in zwei andere Sprachen übersetzt werden mußte. Hinzu kam, daß die Engländer und andere Delegierte zu einem bestimmten Termin abreisen

mussten. Dadurch konnte die wichtige Frage der Organisation des Nachrichtendienstes nicht erledigt werden. Sie muß aber geregelt werden und wir hoffen, daß die bereits eingeleiteten Schritte zu einem guten Erfolge führen.

Genosse Cunow hatte recht, wenn er sagte, die ausländische Presse sei über die deutschen Verhältnisse fast ausschließlich durch die U. S. P. und die kommunistische Presse unterrichtet. Das ist ein Krebschaden, den wir mit allen Mitteln bekämpfen müssen. Ein großer Teil der unüberwindlichen Voreingenommenheit ist auf diese einseitige, zum Teil verleumdende Bedienung der Presse des Auslandes zurückzuführen. Die U. S. P. trägt die Verantwortung für diese Vergiftung der internationalen Beziehungen und die Schädigungen der deutschen Arbeiterklasse. (Beifall.)

Entgegengetreten muß ich dem Genossen Cunow, wenn er das belgische sozialistische Blatt „Peuple“ anlagt, noch immer die Bezeichnung „Voches“ zu gebrauchen. Wir haben feststellen können, daß der „Peuple“ diese geschäftige Bezeichnung, die ich keineswegs beschönigen will, nur im Feuilleton gebraucht, daß aber in den Spaltenartikeln das Wort „Voches“ nur ironisch aus der Bourgeoisie-Presse übernommen wird. Ich bin aber weit davon entfernt, alles zu verteidigen, was sich heute noch sozialistische Organe draußen leisten. Wir sind erst am Anfang einer neuen Verständigung, und der ungeheure Haß und das große Mißtrauen müssen erst überwunden werden, bevor die Welt wieder gesund kann. Von diesem Haß kann ich aber einen großen Teil der Sozialisten im Ausland nicht ausnehmen.

So ist es auch mit der Frage betreffend die Seeleute. Leider hat heute erst die Elite der sozialdemokratischen Arbeiterklasse in anderen Ländern den Gedanken der Internationale wieder so weit erfasst, daß sie die Solidarität praktisch übt. Die größere Masse ist heute leider noch nicht soweit. Es muß unsere Aufgabe sein, in den internationalen sozialistischen Bureaus und in den gewerkschaftlichen Internationalen solchen Dingen nachzugehen und an das Gewissen der Arbeiter der anderen Länder zu appellieren, damit diese Dinge sich nicht wiederholen.

Wir Deutschen haben immer in dem Ruße gestanden, am internationalsten zu denken, eine Eigenschaft, auf die wir stolz sein können. Wir wollen Gerechtigkeit wahren lassen, verlangen aber auch Gerechtigkeit gegen uns. Das Ausland muß sich aus der geistigen Verwirrung des Krieges zur geistigen Gesundung zurückfinden.

Wir suchen uns immer in die Psyche anderer Länder hineinzuversetzen. Wir müssen aber erwarten, daß man auch uns Verständnis entgegenbringt, daß man die Pflicht internationaler Solidarität, die wir voll und ganz anerkennen, nicht außer acht läßt. Aber wir brauchen deshalb daran doch nicht zu verzweifeln, daß diese Pflicht nach und nach erfüllt wird, und daß der Geist, der sich bereits in Genf so hoffnungsvoll zeigte, nach und nach große Schichten erfasst und schließlich wieder die ganze Arbeiterklasse der Kulturländer umfassen wird.

Der Antrag Spandau ist insofern ganz überflüssig, als er auf einer falschen Voraussetzung fußt, nämlich auf der ursprünglichen Resolution, die ja gar nicht angenommen worden ist. In der angenommenen Resolution steht der Satz, den die Spandauer Entschließung mißbilligen will, daß wir den Militarismus nicht früh genug bekämpft hätten, nicht.

Es ist mit Recht in der heutigen Diskussion auf die beiden Pole Halle und Rassel hingewiesen worden. Ich bin von Genf ausgegangen, von dem vorbildlichen Geist, von dem wahren Geist des Völkerbundes, der sozialistischen Solidarität, der in Genf trotz allem, was man an der Internationale sonst noch auszuweisen haben mag, doch erfreulichweise bei allen dort vertretenen



Nationen zu verzeichnen war. Man hat mit Recht gesagt: Lassen wir die Unabhängigen und Kommunisten in Halle darüber streiten, ob sie sich zur Dritten oder Zweiten Internationale stellen, wir stellen uns auf den Boden der Zweiten, der demokratischen Internationale; wir sind überzeugt, den richtigen Weg zu gehen. Wenn wir in Genf den anderen Sozialisten die Bruderhand entgegen-gestreckt haben, und wenn diese Hand freudig genommen und warm gedrückt wurde, dann können wir mit um so größerem Stolz sagen, daß wir die richtigen Wege gegangen sind, die uns zu einer neuen Völkerverbrüderung führen, die wir alle erstreben und für die Genf immerhin ein verheißungsvoller Anfang gewesen ist. (Lebhafter Beifall.)

Der Antrag 198 wird zurückgezogen. Die übrigen Anträge, die zu Punkt 4 der Tagesordnung gestellt worden sind, werden durch einstimmige Annahme des Antrages 376 für erledigt erklärt, mit der Maßgabe, daß die Anträge 199, 200 und 204, die das Nachrichtenwesen und seine internationale Organisation betreffen, vom Parteivorstand berücksichtigt werden sollen und die Anträge 202 und 203 vom Parteivorstand weiterberaten werden sollen.

Die Resolution 381a wird unter großem Beifall einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende Müller spricht namens des Bureaus die Hoffnung aus, daß das internationale Proletariat die Stimme des Parteitages hört, da die Forderung der Entente keine Kontinentalpolitik sei, sondern organisierter Mord von deutschen Kindern und Greisen.

Außerdem wird beschlossen, zur Beratung der Richtlinien zum Agrarprogramm und der dazu gestellten Anträge eine Kommission einzusetzen, die aus folgenden Mitgliedern bestehen soll: Georg Schmidt, Adolf Braun, Otto Braun, Erhard Auer, Dr. Duard, Schölich-Dreslau, Miß-Röhm, Gentner-Pegnitz, Becker-Warthmannshagen, Brandenburg-Stendal, Ruggaber-Ulm, Kaiser-Seibelberg und Hoin-Limburg.

Da ein Beschluß, wann die Beitragserhöhung in Kraft treten soll, noch nicht gefaßt worden ist, stellt der Vorsitzende Müller nachträglich fest, daß der Referent, Genosse Bartels, in seinem Schlusswort davon gesprochen habe, daß die Beitragserhöhung bis zum 1. April 1921 durchgeführt sein soll. Ein Widerspruch dagegen wird nicht erhoben; es ist also demgemäß beschlossen.

(Schluß der Sitzung 5 Uhr 35 Minuten.)

## Fünfter Verhandlungstag.

Freitag, den 15. Oktober 1920, Vormittagsitzung.

Vorsitzender Hermann Müller eröffnet die Sitzung und macht darauf aufmerksam, daß morgen vormittag die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission sowie des Zentralbildungsausschusses stattfindet und ersucht um Vorschläge bis mittags 12 Uhr.

Leuterich-Hamburg schlägt für den Parteivorstand 10 Mitglieder vor. Die Kontrollkommission als Aufsichtsinanz ist der Meinung, daß der Vorstand um zwei Sekretäre verstärkt werden muß. Als Vorsitzende werden vorgeschlagen Wels und Müller, als Kassierer Bartels und Heinrich, als Sekretäre Dr. Adolf Braun, Genossin Suchacz, Mollenbuhr, Pfannkuch und in Zuwahl Krüger-Berlin und Stelling-Lübeck.

Vorsitzender Müller: Es scheint notwendig, noch die Zahl der Beisitzer zu bestimmen.

Leuterich schlägt vor, statt drei Beisitzer jetzt sechs zu wählen.

Vorsitzender Müller: Die Namen sind jetzt noch nicht vorzuschlagen, sondern schriftlich dem Bureau einzureichen. Der Parteivorstand hat im Laufe des verfloffenen Jahres die Uebung wieder aufgenommen, die vor dreißig Jahren auf unserem Hallenser Parteitag beschlossen wurde, daß der Parteivorstand den jeweiligen Redakteur des „Vorwärts“ als stimmberechtigtes Mitglied zu seinen Sitzungen zuzieht, um dadurch den für das Parteileben notwendigen Kontakt zwischen Parteileitung und Zentralorgan herzustellen. Ich nehme also an, daß, wenn Sie die Vorschläge des Genossen Leuterich annehmen, Sie gleichzeitig damit einverstanden sind, daß diese Uebung beibehalten wird, die nur verlassen war, als der „Vorwärts“ seinen Chefredakteur hatte. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch, ebensowenig gegen die sachlichen Vorschläge des Genossen Leuterich, es ist so beschlossen.

Der Parteitag tritt darauf in den Punkt 6 der Tagesordnung ein:

### Das Parteiprogramm.

Berichterstatter Dr. Adolf Braun: Werte Genossinnen und Genossen! Lassen Sie mich mit einer historischen Reminiscenz beginnen. Der erste Meinungsaustritt unserer Partei, der freilich nicht unter den Voraussetzungen zustande kam, die heute für ein Programm notwendig sind, der aber doch die Richtlinien für die Partei bestimmte, ist in einem Artikel zu finden, den der „Sozialdemokrat“ von Jean Baptiste von Schweizer im Jahre 1865 veröffentlichte. Es wird Ihnen merkwürdig modern erscheinen, was da als Aufgabe der sozialdemokratischen Arbeiterpartei zum Ausdruck gebracht wurde. Es heißt da:

„Drei große Gesichtspunkte sind es, die das Streben und die Tätigkeit unserer Partei bestimmen: Wir bekämpfen jene Gestaltungen des europäischen Staatenystems, welche unnatürlich die Völker trennend und verbindend aus dem feudalen Mittelalter in das 19. Jahrhundert sich hinübergeschleppt haben — wir wollen fördern die Solidarität der Völkerinteressen und der Volkssache durch die ganze zivilisierte Welt. Wir wollen nicht ein ohnmächtiges und zerrissenes Vaterland, machtlos nach außen und voll Willkür im Innern — das ganze gewaltige Deutschland wollen wir, den freien Volksstaat. Wir verwerfen die bisherige Beherrschung der Gesellschaft durch das Kapital — wir hoffen zu erkämpfen, daß die Arbeit den Staat regiere.“

Jedem dieser Worte, jedem dieser Sätze können wir heute unter dem Drucke des Pariser Friedensvertrages und in der bitteren Not zustimmen, unter der wir mehr als je leben. Fast in der Mitte zwischen diesem ersten Meinungsaustritt der sozialdemokratischen Partei — von Lassalle haben wir keine programmatische Zielsetzung — und dem, was wir jetzt erstreben, liegt das Erfurter Programm vom Jahre 1890/91, näher noch Jean Baptiste von Schweizer, als der Arbeit, die wir heute zu verrichten haben. Jetzt haben wir zu einem neuen Programm zu gelangen! Gewaltig rasch ist die Zeit fortgeschritten, seitdem wir zum letzten Male programmatisch gearbeitet haben. Drei Jahrzehnte sind seitdem verstrichen, die Welt ist völlig anders geworden. Deutschland ist nicht mehr das Deutschland Wilhelms II., Deutschland ist aber auch leider nicht mehr der drittgrößte Industriestaat der Welt, Deutschland ist verarmt und verelendet, die Menschen in Deutschland sind auch nicht mehr die, die sie im Jahre 1890 waren. Der Krieg hat uns erschüttert, hat uns seelisch zermürbt, hat das sittliche Bewußtsein des deutschen Volkes auf den tiefsten Stand gebracht. Wir sind ein gänzlich anderes Volk geworden, unsere Bedürfnisse sind andere geworden. Wir sind zur Selbstprüfung mehr genötigt als jemals vorher. Aenderung unseres Parteiprogramms ist Selbstprüfung unserer Partei. Jeder von uns aber, jede Gruppe sollte das gewaltige Bedürfnis empfinden, sich selbst zu prüfen. Der Krieg und die Revolution, ein Krieg, wie er niemals